



## Bürger\_innenversammlungen / öffentliche Informationsveranstaltungen in geschlossenen Räumen durchführen“

### Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus NRW

Wenn eine neue Unterkunft für Geflüchtete eingerichtet wird, ist es sinnvoll und wichtig, die Anwohner\_innen und Einrichtungen im Stadtteil über die Pläne zu informieren, um Ängsten, Unsicherheiten und Befürchtungen entgegenzuwirken sowie mögliche Vorurteile zu entkräften. Der gemeinsame Austausch über die neue Flüchtlingsunterkunft kann dazu beitragen, die Menschen im Stadtteil zu informieren, zu vernetzen und einzubeziehen.

Unterkünfte für Geflüchtete sind vielerorts leider auch zum Ziel rechter Propaganda und Aktionen geworden. Dabei versuchen rechtsextreme und rechtspopulistische Gruppen auch Informationsveranstaltungen zur Unterbringung von Geflüchteten zu unterwandern, um dort mögliche Befürchtungen und Ängste von Anwohner\_innen aufzugreifen und an diese mit rassistischer Hetze und menschenverachtender Ideologie anzuknüpfen.

#### Vor der Versammlung

- Überlegen Sie, wen Sie zu der Versammlung einladen möchten: nur Anwohner\_innen oder alle Bürger\_innen? Willkommensinitiativen, Kirchen, Initiativen, Vereine etc.?
- Informieren Sie sich zur Stimmung im Stadtteil zu der geplanten Unterkunft und zu möglicher rassistischer Mobilisierung (Aufmärsche, Kundgebung, Internetankündigungen).
- Formulieren Sie eine Ausschlussklausel, die Personen aus dem rechtsextremen Spektrum von der Veranstaltung ausschließt. Diese Ausschlussklausel muss in allen Veröffentlichungen zur Versammlung (Einladung, Pressemitteilungen, Flyer etc.) enthalten sein und auch am Versammlungsort gut sichtbar ausgehängt werden. Beispiel:

*[Die Veranstaltenden behalten sich vor, von ihrem Hausrecht Gebrauch zu machen und Personen, die rechtsextremen Parteien oder Organisationen angehören, der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, den Zutritt zur Veranstaltung zu verwehren oder von dieser auszuschließen.]*

- Bei Veranstaltungen staatlicher Organe (Stadt, Bezirk, etc.) gibt es aufgrund des staatlichen Neutralitätsgebotes Einschränkungen für die beschriebene Ausschlussklausel. Sie können dieses Problem lösen, indem als Veranstalterin stattdessen eine gemeinnützige Organisation auftritt.
- Wählen Sie einen Raum mit genügend Sitzplätzen für alle. Sitzende Teilnehmer\_innen verhalten sich in der Regel ruhiger als stehende.
- Eine gute Auswahl der Podiumsgäste kann die Stimmung der Versammlung positiv prägen und eine konstruktive Grundlage für eine Willkommenskultur schaffen.
- Bereiten Sie Gesprächsregeln vor.
- Klären Sie, wer das Hausrecht ausüben darf und sorgen Sie dafür, dass diese Person auch vor Ort sein wird. Engagieren sie ggf. einen Sicherheitsdienst.
- Informieren Sie die Polizei über die geplante Veranstaltung und sorgen Sie dafür, dass diese ggf. bei der Veranstaltung/vor dem Veranstaltungssaal präsent ist. Es ist zudem sinnvoll, Personen einzuladen, die bekannte Rechtsextreme erkennen und Sie auf diese hinweisen können.
- Bereiten Sie Aushänge vor, die Film- und Videoaufnahmen der Versammlung untersagen.





## Während der Versammlung

- Es ist hilfreich, wenn sich Veranstalter\_innen und ihnen bekannte Personen im Versammlungsort strategisch verteilen.
- Wenn Sie eine Lautsprecheranlage benutzen, achten Sie darauf, dass Sie die Möglichkeit haben, Saalmikrofone bei Bedarf zentral abschalten zu können. Geben Sie das Mikrofon nicht aus der Hand. Sollten Sie das Mikrofon abschalten müssen, begründen Sie diese Maßnahme.
- Beginnen Sie die Veranstaltung mit einem positiven Statement zu Geflüchteten. Stellen Sie Ihre Expert\_innen kurz vor. Erläutern Sie die Diskussionsregeln, die sie vorher aufgestellt haben, und erklären Sie den Anwesenden, warum diese sinnvoll für eine konstruktive Diskussion sind. Ggf. ist es sinnvoll, die Gesprächsregeln auch auszuhängen oder auf Zetteln zu verteilen.
- Informieren Sie zur geplanten Unterkunft und lassen Sie die Expert\_innen von ihren Erfahrungen berichten.
- Geben Sie Raum für Fragen der Bürger\_innen und beantworten Sie diese.
- Wenn Bürger\_innen diffuse Ängste äußern, können Sie nachfragen, wovor sie sich genau fürchten. Konkret formulierte Befürchtungen lassen sich leichter ausräumen als diffuse. Seien Sie auf häufig geäußerte Vorurteile und Gerüchte vorbereitet, sodass sie diese mit Fakten widerlegen können. Geben Sie auch den Expert\_innen Raum, Fragen zu beantworten und Vorurteile zu entkräften.
- Bitten Sie Bürger\_innen, die sich an der Diskussion beteiligen, themenbezogen bei der konkreten Situation vor Ort zu bleiben. Bitten Sie um eine sachliche Diskussion.
- Schließen Sie Personen, die sich unsachlich oder beleidigend äußern, konsequent von der weiteren Diskussion aus.
- Setzen Sie im Fall von rassistischer, extrem rechter Agitation das Hausrecht um und treten Sie als Veranstaltende geschlossen und sicher auf. Begründen Sie Ihr Handeln.
- Stellen Sie gegen Ende der Veranstaltung ggf. Möglichkeiten vor, wo und wie man sich für Geflüchtete engagieren kann. Nennen Sie Anlaufstellen für Bürger\_innen, die aktiv werden möchten.
- Bieten Sie den Bürger\_innen eine Kontaktmöglichkeit, für den Fall, dass sie nach der Bürgerversammlung weitere Fragen haben.

## Nach der Versammlung

- Organisieren Sie ggf. eine gemeinsame Abreise für den Fall, dass es während der Versammlung rechte Störungen gegeben hat.
- Werten Sie mit Ihrem Team zusammen aus, was gut geklappt hat und was Sie beim nächsten Mal gerne anders machen möchten.

Weitere Informationen und Unterstützung können die Mobilen Beratungen gegen Rechtsextremismus geben.

## MOBILE BERATUNG GEGEN RECHTSEXTREMISMUS NRW

<b>Regierungsbezirk Düsseldorf</b> Wuppertaler Initiative für Demokratie und Toleranz Bendahlerstraße 29 42285 Wuppertal Tel.: 0202 563 2809 E-Mail: info@wuppertaler-initiative.de	<b>Regierungsbezirk Köln</b> NS-Dokumentationszentrum Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Appellhofplatz 23 – 25 50667 Köln Tel.: 0221 221 27162 Fax: 0221 221 25512 E-Mail: ibs@stadt-koeln.de www.mbr-koeln.de	<b>Regierungsbezirk Arnsberg</b> Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus c/o Amt für Jugendarbeit der EKvW mit der „Gewalt Akademie Villigst“ Tel.: 02304 755 190 / -280 E-Mail: netzwerk@afj-ekvw.de www.gewaltakademie.de	<b>Regierungsbezirk Detmold</b> Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus im RB Detmold Arbeit und Leben DGB/VHS im Kreis Herford Kreishausstr. 6a 32051 Herford Tel.: 05221 27572 55 / -54 E-Mail: info@mobile-beratung-owl.de www.aul-herford.de www.mobile-beratung-owl.de	<b>Regierungsbezirk Münster</b> Mobile Beratung im Regierungsbezirk Münster Gegen Rechtsextremismus, für Demokratie c/o Geschichtsort Villa ten Hompel Kaiser-Wilhelm-Ring 28 48145 Münster Tel.: 0251 4927109 E-Mail: kontakt@mobim.info www.mobim.info
---	---	--	---	--